

führung des alten Streites! nein! meine Herren, der Theil, der hier wirklich versöhnlich ist, das ist die Regierung; aber Sie sind es nicht!

(Bravo!)

Abg. Günther: Meine Herren! Auch heute werde ich mich an der Debatte nicht eingehend betheiligen; denn ich darf annehmen, daß die Antragsteller und diejenigen Herren, welche geneigt sind, den vorliegenden Anträgen ihre Zustimmung zu geben, mit ihrem Gewissen ernstlich zu Rathe gegangen sind, und ich glaube nicht, daß die Ueberzeugung, die sie sich auf diese Weise gebildet haben, durch die jetzige Debatte irgendwie zu ändern ist. Auf die wenigen Bemerkungen, die ich mir zu machen vorgenommen hatte, könnte ich in der Hauptsache verzichten, nachdem ich die Erklärungen der Herren Staatsminister gehört habe, und ich darf außerdem auch annehmen, daß meine Stellung zu dieser Angelegenheit durch die Aeußerungen, die ich auf früheren Landtagen in diesem Saale gethan habe, einigermaßen bekannt sein wird. Wenn dies aber nicht der Fall sein sollte, so möchte ich bitten, mir zu gestatten, einige ganz kurze Sätze vorzutragen, die ich über diese Angelegenheit auf dem Landtage 1868 gesprochen habe.

Präsident Haberkorn: Gestattet dies die Kammer?
— Gestattet.

Abg. Günther: Meine Herren! Ich sagte damals:

Die Welt ist seit 1848, wo das Wahlgesetz entstand, eine wesentlich andere geworden; wir haben seitdem das französische Kaiserreich, den Krimkrieg, den italienischen Krieg, den deutschen Krieg etc. erlebt, Alles Ereignisse, von denen man nicht behaupten kann, daß sie in dem starren historischen Rechtsboden begründet sind, die aber Jedermann in ihren Folgen anerkennt, auch die Vertheidiger des Wahlgesetzes von 1848; nur von diesem behaupten sie, daß jede Veränderung unmöglich sei. Die Welt wird alt und wird wieder jung; das Wahlgesetz von 1848 bleibt. Andere Zeiten, andere Menschen machen sich geltend; aber das sächsische Wahlgesetz von 1848 ist der Uhasverus, der niemals stirbt! Und was die Neuzeit für unser Land geschaffen und hervorgebracht, es soll nach der Meinung dieser Herren immer nur verwertbet werden im Sinne des Wahlgesetzes von 1848. Meine Herren! Ist man hier nicht versucht, mit Umland auszurufen:

„Glaubt Ihr, daß in den heißen Gluthen,
Die Zeit ein Phönix sich erneut,
Nur um die Eier auszubrüten,
Die ihr geschäftig unterstreut.“

Erkennen denn die Herren Vertreter des Wahlgesetzes von 1848, welche sich vorzugsweise Vertreter des Fortschritts nennen, nicht, daß sie mit dem starren historischen Rechtsboden die Berechtigung ihrer Existenz leugnen, daß wir mit diesem starren historischen Rechtsboden auf dem Standpunkte früherer Jahrhunderte

geblieben wären, daß dieses Princip der Feind jeder Entwicklung ist? Ich, meine Herren, halte mich an, das frische Leben, ich suche die Zukunft unseres Vaterlandes nicht in der Gruft des Wahlgesetzes von 1848.

Meine Herren! Ich habe diesen Bemerkungen heute weiter Nichts hinzuzufügen, als die Erklärung, daß ich es im Interesse unseres seit längerer Zeit so schwer geprüften sächsischen Vaterlandes auf's Tiefste beklage, daß die heute vorliegenden Anträge überhaupt eingebracht worden sind; denn während die Antragsteller von der Anschauung ausgehen, daß es gelte, den gestörten Frieden herzustellen, bin ich der Meinung, daß die Anträge vielmehr geeignet sind, den vorhandenen Frieden nicht zu erhalten, denselben vielmehr zu stören, den Frieden, den das Vaterland für seine weitere Entwicklung nothwendig braucht. Ich kann auch in dem Antrage des Abg. Nibel, der hier vorliegt, keineswegs irgend eine Versöhnlichkeit finden; im Gegentheil, meine Herren, steht die Unversöhnlichkeit, die aus dem Antrage hervorgeht, in starkem Widerspruche zu der Bereitwilligkeit, welche die Regierung wiederholt gezeigt hat, um über die Differenz wegen des Wahlgesetzes von 1848 hinwegzukommen, eine Bereitwilligkeit, welche namentlich dadurch bewiesen worden ist, daß das freisinnige Wahlgesetz vorgelegt wurde, auf Grund dessen wir heute in diesem Saale vereinigt sind. Ich beklage aber die Anträge noch weiter, weil sie ein Zeichen des Undanks sind gegenüber dem Wohlwollen der Regierung,

(Oho! links, Bravo! rechts.)

und ich bei dem glaube, daß die Anträge nicht geeignet sind, den Eifer und die Liebe derjenigen Herren, die an der Spitze der Regierung stehen, für ihren schweren Beruf zu fördern. Und endlich glaube ich auch, daß die Anträge nicht geeignet sind, Sachsen nach Außen hin als das Land erscheinen zu lassen, das es wirklich ist, als das Land, wo seit einer Reihe von Jahren eine milde, wohlwollende und aufgeklärte Regierung bemüht gewesen ist, das öffentliche Wohl nach allen Seiten zu fördern, und wo infolge dessen Zustände herrschen, die zwar wie alle menschlichen Einrichtungen ihre Mängel haben, die aber kühn den Vergleich mit den bestregierten und am höchsten civilisirten Ländern der Welt aushalten können. Ich glaube deshalb, meine Herren, daß die Regierung heute nur zu bitten ist, auf dem seither betretenen Wege fortzufahren, sich nicht zu verschließen für den nothwendigen Fortschritt, die Reform auf allen Gebieten zu fördern, wo sie wirklich erforderlich ist. Aber ich habe auch das feste Vertrauen zu der Staatsregierung und freue mich nach der Erklärung, die wir vorhin gehört haben, erwarten zu können, daß die Regierung mit Ernst und Unbeugsamkeit immer und immer wieder Widerstand leisten werde, wenn sich nach der Erklärung des Herrn Abg. Dr. Biederman Anträge, wie die heutigen, wiederholen werden.

(Bravo! rechts, Zwischen links.)